

GASTKOMMENTARE

Stotter der deutsch-französische Motor?

Gemeinsam rückwärts

PRO



Claas Tatje, freier Journalist für die „ZEIT“, Brüssel

Das deutsch-französische Verhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg ist in drei Bildern erzählt: Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in respektvoller Umarmung 1963, Helmut Kohl und François Mitterand 1984 Hand in Hand am Grab gefallener Soldaten und im Herbst 2010 Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am Strand von Deauville. Das erste Bild ist Symbol der Aussöhnung, das zweite Zeugnis deutsch-französischer Annäherung und das dritte – schon viel pragmatischer – deutsch-französische Wirtschaftspolitik. Der deutsch-französische Motor läuft immer dann rund, wenn beide Länder ureigene Interessen einen. Derzeit, wo sich alles um die Wirtschaft dreht, gibt es kaum Gemeinsamkeiten. Frankreich zahlte Investoren für neue Anleihen jüngst deutlich höhere Zinsen als Deutschland, die Arbeitslosigkeit stieg in Frankreich im Frühjahr auf fast drei Millionen, in Deutschland fiel sie auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der französische Präsidentschaftskandidat François Hollande macht keinen Hehl daraus, dass er wenig von deutscher Sparpolitik und der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hält. Sollte er tatsächlich die Wahl gegen Sarkozy gewinnen, wird der Motor so schnell nicht wieder anspringen. Für Europa ist das auch eine Chance. So romantisch ein deutsch-französischer Weg oft klingt, so hat er in den vergangenen Jahren oft in reiner Lobbypolitik gemündet. Dafür haben Deutschland und Frankreich gern mal den Rückwärtsgang eingelegt. In der Agrarpolitik stritten sie immer wieder für möglichst hohe Subventionen, auch wenn dadurch die ärmsten Länder geschädigt werden. Schärfere Verbrauchsvorgaben für Kleinwagen haben sie vor vier Jahren gemeinsam blockiert. Auf diesen Motor werden die Bürger gern verzichten.

Mit viel Pragmatismus

CONTRA



Christian Schubert Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Paris

Nein, der deutsch-französische Motor läuft auf Hochtouren. Das zeigte sich in der größten europäischen Herausforderung der vergangenen Jahre: Die Frage nach der richtigen Antwort auf die Eurokrise hatten Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy am Anfang noch ganz unterschiedlich beantwortet. Von Gipfel zu Gipfel kamen sie sich jedoch näher. Sarkozy überzeugte Merkel von der Aufstockung der Rettungsfonds und der europäischen Wirtschaftsregierung. Merkel erwärmte Sarkozy für den nationalen Schuldenabbau und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Gemeinsam stellten sie Griechenland wegen seiner Referendumspläne in den Senkel. Den europäischen Fiskalpakt drückten die beiden gegen Großbritannien durch. Ihre Charakter-Gegensätze überwinden sie mit viel Pragmatismus und leisten sich heute ungeniert Wahlkampfhilfe: Die Bundeskanzlerin gönnt Sarkozys sozialistischem Rivalen François Hollande nicht einmal ein Rendez-vous zum Händeschütteln. Der französische Präsident lobt dafür „le modèle allemand“ über den Klee. Die Missachtung außenpolitischer Höflichkeitsregeln durch die Kanzlerin könnte den deutsch-französischen Motor im Fall eines Regierungswechsels in Paris allerdings zeitweise in Leerlauf versetzen, auch wenn sie ihn nicht abwürgen wird. Für Merkel ist die Schlüsselfrage, wie weit sich Hollande von geplanten Fiskalpakt Europas entfernen will. Auch mit Sarkozy würde es freilich nicht leichter: Seine Drohung eines Ausstiegs aus dem Grenzabbau des Schengener Abkommens missfällt dem „Mauerkind“ Merkel. Immerhin kennt sie ihren Sarkozy und hofft auf mächtigen Einfluss. Hollande dagegen erforderte eine neue Aufwärmphase – so wie nach jedem Führungswechsel in Berlin oder Paris.

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Am 22 April findet in Frankreich die erste Runde des Präsidentschaftswahls statt. Gibt es eine Wechselstimmung?

Dieser Wahlkampf ist merkwürdig, denn es fehlt ihm jegliche Begeisterung. Frankreich befindet sich in einer tiefen Krise. Vielen Menschen geht es schlecht. So ist etwa die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Gegenden im Vergleich zu Deutschland sehr hoch.

Aber warum gibt es dann keine Begeisterung, jemand anderes zu wählen?

Es gibt keine Begeisterung, weil Präsident Nicolas Sarkozy viel versprochen, aber wenig gehalten hat. Er hat aber auch das Amt beschädigt. Das ist eine Tatsache. Und auf Seite der Sozialisten belastet die „Abwesenheit“ von Strauss-Kahn den Wahlkampf. (Anm.d.R.: Gegen den früheren Weltbankpräsidenten wurde mehrfach wegen des Vorwurfs von Sexualdelikten strafrechtlich ermittelt.) Seine Kompetenz fehlt. Die Kandidatin der rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, erschreckt viele Menschen. Und der Erfolg des ultralinken Jean-Luc Mélenchon hat zwar auch mit seinen Ideen zu tun, kommt aber eher daher, dass er ein neues Gesicht und kämpferisch ist.

Fehlen im Wahlkampf charismatische politische Persönlichkeiten?

Das französische Problem ist, dass wir zu viel an die Fünfte Republik glauben, die auf dem Prinzip einer Person an der Staatsspitze basiert. Also etwas vereinfacht ausgedrückt: es gibt einen Chef, der uns den Weg zeigt. Im Gegensatz dazu entwickelt sich die Gesellschaft in eine andere Richtung: Die Leute legen immer mehr Wert darauf, in Netzwerken zu arbeiten, die Hierarchien werden flacher, die Frauen wollen mehr Macht. Das politische System in Frankreich ist ziemlich altmodisch und gibt den Menschen zu wenig Möglichkeiten, sich zu beteiligen.

Im französischen Wahlkampf war immer wieder die Rede vom „Modell Deutschland“. Sind die Franzosen davon geneigt?

Interessanterweise war vor von diesem „Modell Deutschland“ die Rede, bevor Präsident Nicolas Sarkozy seine Kandidatur bekannt gegeben hat. Ich habe nicht das Gefühl, dass man in Frankreich Ressentiments gegen die Deutschen hat. Jeder weiß, wie effizient das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell ist. Aber das Gerücht, – ob es stimmt oder nicht – „Bundeskanzlerin Angela Merkel habe versucht zu verhindern, dass der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande im Ausland empfangen wird, hat die Menschen, und auch mich, etwas gestört. Hier hat etwas Fingerspitzengefühl gefehlt.

Warum hat Präsident Sarkozy anfangs auf die Hilfe von Frau Merkel gesetzt, sie dann aber offenbar quasi wieder ausgelassen?

Es ist schön und nicht ungewöhnlich, dass man die Parteifreundin eines anderen Landes, also im Falle Präsident Sarkozys Bundeskanzlerin Angela Merkel, einlädt. Aber sie hat ihre Unterstützung nicht im Rahmen eines Parteitages, sondern bei einem offiziellen Termin im Elysée-Palast zum Ausdruck gebracht, bevor er erklärt hat, dass er kandidieren wolle. Das war nicht sehr geschickt. Es gab damit eine Einflussnahme von außen – aber nicht im positiven Sinn.

Wie gut kennt Präsident Sarkozy Deutschland?

Ich möchte nicht polemisieren, aber Präsident Sarkozy hat eine abstrakte Vision von Deutschland. Er hat zwar intensiven Kontakt mit Frau Merkel, aber soweit ich weiß, kennt er Deutschland nicht von der Basis her. Nehmen Sie das Beispiel de Gaulle. Er hat im September 1962 sieben Tage in Deutschland verbracht. Ich wüsste nicht, dass sich Präsident Sarkozy in Deutschland wirklich ein-

»Denn wir ergänzen uns eben«

SYLVIE GOULARD Die Abgeordnete des Europaparlaments ist sicher, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam bessere Entscheidungen treffen



Ich mag diese Namensspiele nicht. Wichtig ist, dass Frankreich und Deutschland sehr eng kooperieren. Und wir haben eine wichtige Aufgabe: Wir müssen die Euro-Zone neu gestalten. Hier haben wir keine Wahl, sondern es ist eine Notwendigkeit. Entweder machen wir das, oder unsere Währungsunion geht kaputt.

François Hollande hat angekündigt, im Falle seines Wahlsieges den Europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln. Wie realistisch ist das?

Auch François Mitterand wollte 1981 eine unilaterale Wirtschaftspolitik machen, genauso wie Jacques Chirac im Jahr 1995. Ein neuer Präsident kann neue Akzente setzen. Die Frage des Wachstums ist dabei ein ganz entscheidender Aspekt. Umgekehrt hat auch Kanzler Gerhard Schröder Frankreich nach seinem Wahlsieg 1998 vollkommen ignoriert. Das hat zwei Jahre gedauert, und dann hat man zwischen Deutschland und Frankreich wieder vernünftig zusammengearbeitet. Egal, ob man sich mag oder nicht, wir müssen eben einfach miteinander leben.

Sie haben die deutsche Wiedervereinigung als französische Diplomatin miterlebt. Was hat Ihre Erfahrungen mit Deutschland besonders geprägt?

Ich habe viel in Deutschland gelernt. Zum Beispiel gibt es in Deutschland eine Tradition, Dinge tiefgehend zu durchdenken. Das finde ich sehr positiv. Andererseits habe ich aber auch das Gefühl, dass es nicht gut ist, wenn die Deutschen alleine bleiben.

Wie meinen Sie das?

Ich habe überhaupt keine Angst vor den Deutschen. Aber es ist schade, dass man in Europa nicht viel mehr betont, dass wir zusammen bessere Entscheidungen treffen. Das fasziniert mich hier im Europäischen Parlament. Man kann immer sagen, ich habe Souveränität aufgegeben, weil ich mit anderen Parlamentariern einen Kompromiss gemacht habe. Die Kollegen hier haben andere Erfahrungen und einen anderen kulturellen Hintergrund. Sie helfen, eine bessere Lösung zu finden. Deutsche und Franzosen ergänzen sich eben gut.

2013 feiert der Elysée-Vertrag sein 50-jähriges Bestehen. Ist er Garant der Beziehungen oder ein Stück überlebte Symbolpolitik?

Wir brauchen keinen neuen Vertrag, aber wir brauchen mehr Engagement. Nehmen wir zum Beispiel einmal die Frage des Jugendaustauschs. Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle waren damals schon ziemlich alt, aber sie haben sehr viel Wert darauf gelegt und Geld investiert, die Jugend einzubeziehen. Was wird heute für die Jugend gemacht? Sehr wenig. Das ist eine der Lehren des Elysée-Verträge. Und diese Jugendarbeit ist eben nicht nur symbolisch, da sich die Generationen und Menschen permanent ändern.

Was kann man für eine bessere Verständigung konkret machen?

Wir sollten viel mehr für die Kultur und vor allem für die Sprache tun. Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Projekte in der Muttersprache überlegen, aber auch den anderen in seiner Sprache verstehen. Denn wenn man in einer bestimmten Sprache denkt, denkt man anders. Und ich möchte die Verfassung Europas nicht auf Englisch entwerfen müssen.

Das Interview führte Annette Sach. ||

Sylvie Goulard, 46, ist Politikwissenschaftlerin. Seit 2009 ist die frühere Diplomatin für die französische Partei „Mouvement démocrate“ Mitglied der liberalen Fraktion (ALDE) im Europäischen Parlament

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Frankophiler Naturschützer: Andreas Jung

Wer an den Begriff Nachhaltigkeit denkt, denkt zuerst an Umweltschutz und an die Wiederverwendung von Ressourcen. Auch Andreas Jung (CDU) tut das, denn schließlich ist der Umweltpolitiker seit 2009 Vorsitzender des Beirats für nachhaltige Entwicklung. Seit 2005 engagiert er sich im Umweltausschuss des Bundestages für den weltweiten Klimaschutz, kämpft gegen Fluglärm und sucht nach Lösungen für die Endlagerung atomarer Abfälle. Andreas Jung lebt für und liebt die Natur, sicher auch, weil er mit ihrer ganzen Schönheit aufgewachsen ist, in Stockach am Bodensee. Heute hat er hier einen der landschaftlich wohl schönsten Wahlkreise Deutschlands. Jung zählt mit seinen erst 36 Jahren zu den jüngeren Abgeordneten des Bundestages. Doch schon lange ist sein politisches wie auch privates Leben von einer ganz anderen Nachhaltigkeit geprägt: der Bindung zu seiner „zweiten Heimat Frankreich“, wie er sagt. Sie reicht weit zurück bis in die Irrungen und Wirrungen des Zweiten Weltkrieges. Nach Ende des Krieges verliebte sich sein in Freiburg stationierter Großonkel Paul als Besatzungssoldat in seine Tante. Sie folgte ihm schon bald nach Frankreich. Auch wenn Onkel Paul in den 1950er Jahren nach den schrecklichen Ereignissen des Krieges nicht allen in seiner Familie vermitteln konnte, warum er ausgerechnet eine Deutsche heiraten wollte, waren die beiden die Wurzel vieler neuer deutsch-französischer Freundschaften – auch der ihres Neffen Andreas: „Seit meinem dritten Lebensjahr war ich jeden Sommer bei meinen

Verwandten in der Nähe von La Baule“, erzählt er. In seiner Jugend wurden die Bindungen noch enger, beim Schüleraustausch oder durch die zahlreichen Freunde im Hause Jung, da der Vater Vorsitzender des Partnerschaftskomitees mit dem Örtchen La Roche-sur-Foron im Département Haute Savoie war. Und auch seine Mutter, eine Französisch-Lehrerin, brachte ihm die Liebe zu Frankreich nahe. „Die wunderbare Landschaft, ob am Meer oder



»Das sind Themen, die man unter Freunden auch kontrovers besprechen kann.«

in den Bergen, die herzliche, dem Leben zugewandte Lebensart und die Gastfreundschaft haben mich immer begeistert“, gerät Jung beim Erzählen ins Schwärmen. So war es fast eine Selbstverständlichkeit, dass sich Jung, der nach einem Jurastudium als Rechtsanwalt arbeitete, beim Eintritt in den Bundestag gleich der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe anschloss. Im Frühjahr 2011 besuchte ihn im Rahmen eines gegenseitigen Austauschprogramms seine Kollegin Jacqueline Irlès (UMP) aus der Nähe von Perpignan. Neben vielen gemeinsamen politischen Ansichten waren für ihn gerade

auch die Unterschiede spannend: „Frau Irlès ist gleichzeitig Bürgermeisterin und Abgeordnete. Bei uns ist das undenkbar, dort der Normalfall.“ Auch die Stellung der Abgeordneten unterscheidet sich in beiden Ländern voneinander, erzählt Jung: „In Frankreich werden die Kandidaten in der Regel von der Zentralen abgesehen, während man bei uns vor allem im Wahlkreis gewählt werden muss.“ Im Gegenzug hat die Abgeordnete mit spanischen Wurzeln bei ihrem Besuch das Pensum der deutschen Abgeordneten in Berlin überrascht: „Unser von Montag bis Freitag durchgetakteter Terminplan hat sie sehr erstaunt.“ Die Franzosen sind zeitlich stärker in ihren Kommunen eingebunden. Auch der Altersdurchschnitt der französischen Abgeordneten ist höher als in Deutschland: „Junge Abgeordnete sind in Frankreich eher die Ausnahme“, sagt Jung. Auf die Frage, ob es Nachwuchsprobleme in den deutsch-französischen Beziehungen gebe, räumt Jung ein, dass für viele „der Reiz des Neuen nicht mehr da ist“. Umso mehr müssten diese Beziehungen eine „Daueraufgabe“ sein: Jung arbeitet daran auch auf regionaler Ebene. Er ist Mitglied des Badisch-Elsässischen Gesprächskreises, in dem Abgeordnete, aber auch Bürgermeister und Regierungspräsidenten über deutsch-französische Themen beraten. Die Themenpalette reicht dabei von der Euro-Krise bis hin zum öffentlichen Nahverkehr oder dem umstrittenen Atomkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen Grenze. „Das sind Themen, die man unter Freunden auch kontrovers besprechen kann“, sagt Jung. Und weiß dabei, dass ihn vieles noch nachhaltig beschäftigen wird. ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (äußer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (jbi) Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Claudia Heine (che) Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), Cvd Hans-Jürgen Leersch (hle) Monika Pilath (mpi) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

Fotos Stephan Roters Redaktionsschluss 13. April 2012

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-42 53 Telefax (0 69) 75 01-45 02 E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitungsanzeigengesellschaft RheinMainMedia mbH Andrea Schröder Frankfurter Allee 71-81 60327 Frankfurt am Main Telefon (0 69) 75 01-41 33 Telefax (0 69) 75 01-41 34 E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden. „Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.